

Landtagswahl 2021 CDU

1. Thema Presse- bzw. Medienfreiheit

1 a) Welche Bedeutung messen Sie der Pressefreiheit bei?

1 b) Durch welche Maßnahmen wollen Sie gewährleisten, dass Journalistinnen und Journalisten ihre Arbeit ungehindert ausüben können?

1 c) Neuerdings schränken Gesetze wie das Sicherheits- und Ordnungsgesetz die Medienfreiheit ein, weil der Berufsgeheimnisschutz im Journalismus und damit der Schutz journalistischer Quellen nicht mehr ausreichend garantiert sind. Würden Sie das Gesetz in dieser Hinsicht ändern? Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Die Pressefreiheit ist grundgesetzlich garantiert, die Freiheit der Presse ist ein hohes Gut. Behinderung journalistischer Arbeit findet auf vielen Ebenen statt und muss entsprechend geächtet werden. Neuerdings ist sogar festzustellen, dass Medienvertreter andere Medienvertreter diskreditieren. Insofern ist es für die CDU wichtig, dass die mediale Vielfalt nicht in Bedrängnis gerät. Wir haben deswegen bereits gefordert, insbesondere den Lokaljournalismus, nach dänischem Vorbild, aus öffentlichen Mitteln zu fördern. Dass das Sicherheits- und Ordnungsgesetz Journalistinnen und Journalisten bei der Arbeit behindert, halten wir für eine Scheindiskussion; die Verschärfung unserer Sicherheitsgesetze ist angesichts der Terrorgefahr und der wachsenden Internetkriminalität unerlässlich, die Einwände gegen das Sicherheits- und Ordnungsgesetz haben sich in der Praxis, wie von uns vermutet, als haltlos erwiesen.

2. Thema Auskunftspflicht

Bei Kommunen, Bürgermeistern, Ministerien – kurzum öffentlichen Einrichtungen - gibt es eine Auskunftspflicht gegenüber Medienvertretern. Doch wird sie nicht immer eingehalten. Wie wollen Sie gewährleisten, dass Journalisten zu ihrem Recht kommen?

Wenn öffentliche Einrichtungen sich weigern, ihrer Auskunftspflicht nachzukommen oder lediglich Scheinantworten liefern, dann muss dies Folgen haben, etwa durch entsprechende Berichterstattung, erforderlichenfalls muss der Rechtsweg beschritten werden.

3. Thema Landespressegesetz

Das Landespressegesetz stammt aus dem Jahr 1993. Seitdem hat sich im Medienbereich enorm viel getan. Auch zur inneren Pressefreiheit gibt es moderne Vorstellungen. Wie wollen Sie das Gesetz in der nächsten Legislaturperiode den Erfordernissen anpassen?

Das Landespressegesetz stammt zwar aus dem Jahr 1993, wurde seither aber mehrfach angepasst. Das Grundgesetz stammt aus dem Jahr 1949, das Alter von Rechtstexten sagt insofern erst einmal wenig aus.

Die CDU plant keine Veränderung des Landespressegesetzes, sollten die Betroffenen aber erhöhten Bedarf nach Veränderungen anmelden, steht die CDU-Fraktion dem offen bis wohlwollend gegenüber.

4. Thema Tariftreue

In der M-V Medienlandschaft ist Tariftreue die Ausnahme. Wie wollen Sie die Tarifbindung in dieser Branche stärken und dafür sorgen, dass auch Freiberufler gebührend entlohnt werden?

Nach dem Grundgesetz gilt in Deutschland die Tarifautonomie, das heißt, dass die Lohnfindung nicht Sache der Politik ist, sondern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Diesem Grundsatz fühlen wir uns verpflichtet.

Da, wo Verlage Lohndruckerei betreiben, ist es aus unserer Sicht Aufgabe der Presse, auf diesen Missstand hinzuweisen. Gerade was den Lokaljournalismus angeht, steht das Angebot der CDU, hier nach dänischem Vorbild mit öffentlichen Mittel zu helfen und die finanzielle Basis der Verlage zu verbreitern.

5. Thema Medienkompetenz

Informationen kommen in vielen Gewändern und auf vielen Kanälen daher. Nicht immer basieren sie auf Fakten und solider Recherche. Und nicht immer können Menschen zwischen verlässlichen Informationen und Fake News unterscheiden. Stichwort Medienkompetenz: Wie wollen Sie diese stärken?

Medienkompetenz wird insbesondere durch Elternhäuser und Schulen vermittelt.

Dementsprechend sehen wir insbesondere diese in der Pflicht, gerade junge Menschen auf ein Leben mit noch bis vor wenigen Jahren unvorstellbarer Informationsvielfalt vorzubereiten. Wir beobachten aber einen gewissen Trend zum „Haltungsjournalismus“, im Ergebnis sind vielfach Berichterstattung und Kommentar nicht sauber voneinander zu trennen. Hier mögen entsprechende YouTube-Formate als Vorbild fungiert haben. Im Ergebnis führt diese Form des Journalismus nach unserer Wahrnehmung aber zu einer Abkehr von den etablierten Medien und zu einer Hinwendung zu so genannten „alternativen Informationsquellen“, die vielfach systematisch Desinformation betreiben. Das Problem ist insofern auch ein Stückweit hausgemacht.

6. Thema Medienvielfalt

6 a) Welchen Stellenwert hat Medienvielfalt für Sie?

6 b) Wie wollen Sie den Medienstandort M-V so stärken, dass sich in allen Regionen des Landes mehr Medienvielfalt entwickeln kann?

Die Medienvielfalt ist neben der Pressefreiheit für uns ganz besonders wichtig. Nur durch eine möglichst breite Medienvielfalt ist sichergestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger sich vollständig informieren können. Mit Blick auf die Medienvielfalt kann sich die CDU insbesondere mit Blick auf den Lokaljournalismus eine öffentliche Förderung etwa nach dänischem Vorbild vorstellen.

7. Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Welche Bedeutung hat für Sie der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk? Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung und wie wollen Sie die Finanzierung sichern?

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine wichtige Säule in unserer Medienlandschaft und nicht wegzudenken. Der NDR gehört zu Mecklenburg-Vorpommern wie die Küste und die Rapsfelder. Auch künftig braucht der NDR eine auskömmliche Finanzierung. Das bisherige System, den Rundfunkbeitrag über die KEF ermitteln und von den Landtagen absegnen zu lassen, ist allerdings erkennbar an seine Grenzen geraten. Die nächste Bundesregierung wird die Aufgabe haben, im Einvernehmen mit dem öffentlich-

rechtlichen Rundfunk ein Modell zu erarbeiten, das eine auskömmliche Finanzierung und gleichzeitig ein hohes Maß an Rechtsfrieden sicherstellt.